

„Europa muss sich im Inneren stärken“

Dr. Daniela Schwarzer, Direktorin der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, äußert sich im Interview über die Herausforderungen der Europäischen Gemeinschaft nach der Europawahl.

Frau Dr. Schwarzer, wie würden Sie die wirtschaftlichen Aussichten der Gemeinschaft beschreiben?

Europa muss sich in einer Welt im Wandel behaupten, in der Freunde wie die USA zu strategischen Konkurrenten geworden sind und Ordnungsstrukturen und internationale Institutionen in Frage gestellt werden. Europa muss sich im Inneren stärken, um nach Außen handlungsfähiger zu werden. Geschlossen lässt es sich besser verhandeln, etwa mit Blick auf den Erhalt und die Weiterentwicklung der Welthandelsordnung. Es ist gut, dass die gemeinsame Handelspolitik eine EU-Kompetenz ist.

Wie wichtig sind dabei verstärkte Investitionen in Infrastruktur, Bildung und die Innovationskraft der Wirtschaft?

Sehr wichtig. Europa steht im globalen Wettbewerb unter Druck, zunehmend auch im Bereich der Hochtechnologie. Es befindet sich im Wettbewerb mit sehr großen Wirtschaftsräumen wie den USA oder China. Wir haben glücklicherweise einen gemeinsamen Markt, müssen aber in der strategischen Gestaltung einer europäischen Industrie-, Innovations- und Forschungspolitik noch viel besser werden. Auch die Bildungspolitik und vor allem die Mobilität im Binnenmarkt sind sehr wichtig.

Wie wahrscheinlich ist eine Reform des europäischen Haushalts, aufgrund dessen mehr Geld in Wirtschaft und Wissenschaft fließt?

Der aktuelle Vorschlag der Europäischen Kommission sieht dies bereits vor: Es sollen Mittel umgeschichtet werden in für die Zukunft prioritären Bereichen, wie Forschung und Innovation, Verteidigung und Sicherheit sowie auch Migration. Die Kohäsionspolitik bleibt eine politische Priorität. Dies ist wichtig für den Zusammenhalt von Binnenmarkt und Währungsunion. Natürlich ist eine Mittelumschichtung nie einfach, und deshalb werden sich die Verhandlungen zum mehrjährigen Europäischen Finanzrahmen auch noch eine ganze Weile hinziehen.

Inwieweit rechnen Sie nach der Europawahl mit einem erheblich anders zusammengesetzten EU-Parlament?

Es dürfte einige Verschiebungen geben, aber anders als oft befürchtet wird, werden die Rechtspopulisten keine sehr viel größere Präsenz im Europäischen Parlament haben, als in der zu Ende gehenden Legislaturperiode. Grund hierfür ist das Ausscheiden der britischen Konservativen und Ukip-Abgeordneten aus dem Europaparlament. Beide gehören derzeit Fraktionen an, die rechts der Konservativen stehen. Ihr Wegfall wird kompensiert durch aller Voraussicht nach bessere Ergebnisse rechtspopulistischer Parteien, etwa in Italien, Ungarn und Polen. Die sozialdemokratische Fraktion könnte Abgeordnete verlieren, ebenso die konservative EPP.

Neue Spitzenämter sind zu besetzen. Wie lange hemmt das die Arbeit in Brüssel?

Im Nachgang zu vergangenen Europawahlen hat es bis in den Herbst hinein gedauert, bis die Europäische Kommission durch das Europäische Parlament bestätigt war. 2019 kann dies noch etwas länger dauern. Denn es ist unwahrscheinlich, dass einer der von den Parteien gekürten Spitzenkandidaten tatsächlich Präsident der Europäischen Kommission wird. Der Europäische Rat muss sich also möglicherweise auf einen neuen Kandidaten einigen. Danach steht die Anhörung aller Kandidatinnen und Kandidaten an, die von den Regierungen für die Europäische Kommission vorgeschlagen werden. In der Zeit zwischen Europawahl und Neubesetzung der Europäischen Kommission kann die Arbeit in Brüssel aber trotzdem weitergehen. Manche Beobachter erwarten sogar, dass der neue mittelfristige Fi-

nanzrahmen der EU Ende 2019 mit neuem Parlament und noch alter Kommission beschlossen werden könnte.

Das Interview führte Rudolf Kahlen.

„Bürokratische Anforderungen zurücknehmen“

Wolfgang Grenke hat als Gründer und Hauptaktionär des Finanzdienstleisters Grenke AG sowie als Mitglied des DIHK-Vorstands und Vize-Präsident von Eurochambres klare Vorstellungen von dem, was künftig auf EU-Ebene passieren muss.

Herr Grenke, was ist die bedeutendste Forderung von Unternehmen an das Parlament und die Kommission der EU für die nächste Legislaturperiode?

Das allerwichtigste, was wir im Blick haben müssen, sind die offenen Grenzen in Europa. Auch wenn mitunter Grenzkontrollen im Schengen-Raum nötig sind, ist es dort entscheidend, den Unternehmen einen freien Warenverkehr zu ermöglichen. Auch gilt es, die bürokratischen Anforderungen beispielsweise fürs Entsenden von Arbeitnehmern in andere EU-Länder zurückzunehmen.

Mit welchem Effekt rechnen Sie in der Folge?

Mein Unternehmen ist jetzt in 32 Ländern der Welt unterwegs und deckt dabei fast ganz Europa ab. Wir sehen, wie viel sich in der Gemeinschaft tut – vor allem in einigen osteuropäischen Staaten. Die Nachfrage ist da, und diese Absatzchancen werden erhöht, wenn der Waren-, Dienstleistungs-, Personen- und Kapitalverkehr mit weniger Beschränkungen auskommt.

Die europapolitischen Positionen der IHK-Organisation sind vergleichsweise umfangreich. Werden sie auf Europaebene auch Gehör finden?

Unsere Forderungen – vor allem die Stärkung der kleinen und mittleren Unternehmen – stößt bei vielen EU-Parlamentariern auf offene Ohren, denn die wissen, wie sehr das auch künftig die Stabilität unserer Wirtschaft beeinflussen wird. Der Vorteil dabei: Diese Frauen und Männer erlebe ich bei Diskussionen in Brüssel und Straßburg durchweg losgelöst von ihren politischen Parteien, als das in den nationalen Auseinandersetzungen der Fall ist. Vielleicht liegt das auch daran, dass die einzelnen Politikerinnen und Politiker im Verlauf einer Europawahl weniger als Parteimitglieder denn als Persönlichkeiten gewählt werden. Sie sind in ihrer Mehrzahl jedenfalls auf den Zusammenhalt der Gemeinschaft ausgerichtet. Es gibt natürlich immer kleine Unterschiede, weil alle aus ihren nationalen Regionen kommen. Deshalb gilt es, aus den Forderungen gemeinsame Positionen für den europäischen Markt zu entwickeln.

Was bedeutet das für den weltweiten Wettbewerb?

Als nationale Volkswirtschaften sind wir zu schwach, um global bestehen zu können. Das geht nur gemeinsam in Europa, was uns in den vergangenen Jahren auch schon recht gut gelungen ist. Wir müssen im internationalen Zusammenspiel aber noch besser werden, um uns im Wettbewerb gegenüber China und den USA behaupten zu können.

Das Interview führte Rudolf Kahlen.

EU wozu? - Zehn gute Gründe dafür

Ohne das gemeinsame Europa wären viele Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft deutlich schlechter.

Von Freya Lemcke, Sonderbeauftragte Europawahl des DIHK in Brüssel

1. Der Binnenmarkt mit Zollunion senkt Kosten und Barrieren

Durch den gemeinsamen europäischen Markt gibt es keine Zölle und weniger Hürden beim grenzüberschreitenden Handel mit Waren und Dienstleistungen.

2. Keine Schlangen an der Grenze

Die meisten EU-Staaten verzichten auf Basis des Schengener Abkommens auf Grenz- oder Passkontrollen. Auch Güter überqueren die Grenzen ohne Wartezeiten.

3. Niederlassungsfreiheit für Unternehmen und Arbeitnehmer

Die EU macht grenzüberschreitende Investitionen und Verträge einfacher: Betriebe und Bürger haben das Recht, sich EU-weit niederzulassen und wirtschaftlich tätig zu werden.

4. Nur eine Währung innerhalb der Eurozone

In 19 EU-Staaten zahlt man mit dem Euro. Somit fallen Umtauschgebühren und Wechselkursrisiken bei Transaktionen im Euroraum weg.

5. Ein starker Global Player

Als größter Wirtschaftsraum der Welt hat die EU auf globaler Ebene mehr Gewicht - etwa in internationalen Organisationen, bei der Verhandlung von Handelsabkommen, bei der Einigung auf Standards etc.

6. Planungssicherheit durch angeglichenen Rechtsrahmen

Wer in einem anderen EU-Land wirtschaftlich tätig ist, muss wegen des gemeinsamen EU-Rechts weniger Anpassungen vornehmen. Das bedeutet auch geringeren Verwaltungsaufwand und bietet besseren Schutz, etwa durch europaweite Patente.

7. Förderung von Wachstum in schwächeren Regionen

Mit Mitteln aus speziellen EU-Fonds werden Standortnachteile von strukturschwächeren Regionen ausgeglichen – auch in Deutschland. Das verbessert die Infrastruktur für die Wirtschaft vor Ort.

8. Nachbarschaftspolitik – stabile Märkte jenseits der EU-Grenze

Die EU trägt zur Stabilisierung und wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Nachbarn bei und erleichtert Wirtschaftsbeziehungen durch die Verbreitung ihrer Regeln und Standards.

9. Innovationsvorsprung durch Forschungsförderung

Mit Programmen wie Horizon 2020 fördert die EU grenzüberschreitende Spitzenforschung und unterstützt so innovative Unternehmen.

10. Mehr als 60 Jahre Frieden und Stabilität

Nicht nur ein Wirtschaftsfaktor: Seit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Jahr 1957 ringen die beteiligten Staaten manchmal um schwierige Kompromisse. Auch das beschert Europa die bislang längste Friedensperiode seiner Geschichte und damit politische Stabilität für unternehmerisches Handeln.

Baustelle Europa - wofür die Wirtschaft jetzt kämpfen muss

Von Rudolf Kahlen

Die Europapolitik hat direkte Auswirkungen auf das Leben und Wirtschaften innerhalb der Union: Der Großteil der für die deutsche Wirtschaft relevanten Gesetzesvorgaben wird in Brüssel geformt und in Deutschland lediglich umgesetzt. Zudem können eine ganze Reihe von Herausforderungen und Problemen nur grenzüberschreitend gelöst werden. Deshalb ist die Europawahl für kleine und mittlere Unternehmen sehr wichtig.

Planungssicherheit für Geschäfte mit UK schaffen. Im grenzüberschreitenden Geschäft ist Rechtssicherheit wichtig – auch nach dem Brexit. Hier ist die Europäische Union gefordert, zeitnah mit dem Vereinigten Königreich die rechtlichen und wirtschaftlichen Beziehungen neu zu ordnen. „Das könnte ein Freihandelsabkommen sein, dass Handelshemmnisse im Waren- und Dienstleistungsverkehr niedrig hält“, sagt Günter Lambertz als Leiter des Brüsseler DIHK-Büros. Aus Sicht der Wirtschaft wäre dabei eine Zollunion mit zollfreiem Warenverkehr und einem nach außen einheitlichen Zolltarifrecht einem konventionellen Freihandelsabkommen vorzuziehen.

Nur das Notwendige regeln. Themen wie der Schutz von persönlichen Daten, fairer Wettbewerb und nachhaltiges Wirtschaften sind wichtig. Doch stellen viele Regelungen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) unüberwindbare Hindernisse dar. Bei allen Gesetzesinitiativen muss sichergestellt sein, dass die Regelungen praxisnah gestaltet werden, sie auch für KMU umsetzbar bleiben und unnötige Bürokratie vermieden wird.

Klageflut verhindern. Die EU-Kommission erwägt, künftig Sammelklagen auch auf Schadenersatz zu ermöglichen. Auch wenn jedem Betroffenen bei Rechtsverstößen ein Ersatz für erlittene Schäden zusteht, gilt ganz klar: Eine private Klageindustrie muss verhindert werden. Das ließe sich zum Beispiel erreichen, wenn nur öffentlich-rechtliche Institutionen wie unabhängige Ombudsstellen klageberechtigt wären.

KMU-Definition verbessern. Die Definition der Größenklassen für Unternehmen muss sinnvoll angepasst werden. Dazu sollte der der Schwellenwert für KMU von 250 auf 500 Mitarbeiter erhöht sowie die seit 2003 gültigen Werte für den Jahresumsatz und die Bilanzsumme der Preis- und Produktivitätssteigerung angepasst werden. Dies würde innovativen Mittelständlern einen vereinfachten Zugang zu EU-Programmen und Forschungsförderung ermöglichen.

Erleichterungen im EU-Binnenmarkt, gerade bei Arbeitnehmerentsendung. Innerhalb des Binnenmarktes gibt es trotz großer Fortschritte auch immer wieder neue Handelsbarrieren, zum Beispiel bei der vorübergehenden Entsendung von Mitarbeitern in Nachbarländer. Wenn deutsche Unternehmen ihre Arbeitskräfte – etwa für Reparaturen – kurzfristig entsenden müssen, sind jedes Mal umfangreiche bürokratische Meldevorschriften zu beachten, teilweise mit erheblichem Vorlauf. Damit sind die deutschen Unternehmen im Nachbarland nicht wettbewerbsfähig. Hier ist für die Firmen ein orts- und zeitflexibleres Arbeiten innerhalb der EU mit weniger Bürokratie nötig.

Der DIHK Brüssel – vor Ort in Europa für die IHK-Organisation

Die Europäische Union (EU) erscheint vielen Bürgern entweder abstrakt und fern. Zugleich erleben insbesondere Unternehmen EU-Vorschriften bisweilen als praxisferne Bürokratie, auf die wirklich Betroffene keinen Einfluss haben. Umso wichtiger ist es für die deutsche Wirtschaft, im Gesamtinteresse ihrer Mitgliedsunternehmen bei den für sie relevanten Richtlinien und Verordnungen auch in Brüssel mitzumischen.

Wer Europa mitgestalten möchte, muss vor Ort sein. Seit 1961 vertritt daher der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) die IHK-Organisation auf dem europapolitischen

Parkett – mit einem eigenen Büro an der Avenue des Arts 19 mitten im Herzen der europäischen Hauptstadt. 17 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kümmern sich dort mit intensiver Rückkopplung in die 79 deutschen IHKs und die Berliner DIHK-Zentrale um Themen wie den Europäischen Binnenmarkt, Handels- und Regionalpolitik sowie Umwelt- und Energiepolitik. Das Team verfolgt neue Gesetzesinitiativen, bringt die Positionen der IHK-Organisationen in die Diskussionen in Kommission und Parlament ein. Außerdem bereitet das Brüsseler Büro Informationen für die IHKs und deren Mitglieder auf. Aus der Feder des Brüsseler Brexit-Experten stammt beispielsweise die Brexit-Checkliste, die Unternehmen auf mit dem britischen Austritt verbundene Risiken vorbereitet hat.

Ein wichtiges Arbeitsfeld ist die Handelspolitik, die vollständig in der Kompetenz der EU liegt. So enthält das gerade in Kraft getretene Freihandelsabkommen zwischen der EU und Japan auf Initiative des DIHK ein eigenes Mittelstandskapitel. Das ist erstmals so. Für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) ist das sehr wertvoll. Denn sie verzweifeln bislang oft an den Auflagen zur Nutzung von Handelsabkommen. Die EU muss hier weiter Regeln vereinfachen – daran arbeitet der DIHK, Hand in Hand mit dem europäischen Kammerdachverband EU-ROCHAMBRES, der ein direkter Nachbar des DIHK ist.

Darüber hinaus setzt sich der DIHK für eine effiziente europäische Energie- und Klimapolitik ein. Diese hilft Deutschland dabei, bei seiner Energiewende die Kosten im Zaum zu halten. Auch auf Drängen des DIHK hat Europa vor kurzem Regeln verabschiedet, die langfristig zu einer günstigeren Energieversorgung für die Industrie in ganz Deutschland beitragen können.

Für eine erfolgreiche Arbeit ist die enge Anbindung an die IHKs unverzichtbar. Anfang 2019 hat der DIHK die europapolitischen Positionen der IHK-Organisation in Brüssel präsentiert. Sie fassen in 21 Kapiteln zusammen, was die IHKs und ihre Mitglieder von Europa erwarten. Wie ein roter Faden zieht sich ein Wunsch durch: Bei allen wirtschaftsrelevanten Vorhaben soll die EU nicht nur die Großunternehmen im Blick haben, sondern auch die vielen KMU. Daher ist das Motto, das der DIHK Brüssel allen Entscheidern in den EU-Institutionen immer einflüstert, inzwischen ein geflügeltes Wort: „Think big, but think small first!“